



*Die Verwaltung soll  
ein Lotse für  
Existenz-  
gründerInnen sein  
und deren Startphase  
helfend begleiten!*

## Gemeinsam wirtschaften und Arbeit aktivieren!

Die Stabilisierung und Förderung der Wirtschaft sowie die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen bleibt eine zentrale Herausforderung der kommunalen Politik. Die Verbesserung der städtischen Wirtschaftsförderung und deren kontinuierliche Ausrichtung an den Bedürfnissen der Betriebe und Unternehmen verstehen wir als laufenden Prozess.

→ Wir wollen alternative Organisationsstrukturen für die **kommunale Wirtschaftsförderung** prüfen, um auch und gerade in Zeiten leerer Kassen deren Handlungsfähigkeit zu erhalten. Hierbei muss auch die Möglichkeit einer Ausgliederung in eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Betracht gezogen werden.

→ Wir wollen die **Betreuung und Beratung auch von Kleinunternehmen** stärken. Es muss gewährleistet sein, dass Wirtschaftstreibende und ExistenzgründerInnen (auch Ich-AGler) einen zentralen An-

sprechpartner in der Verwaltung haben, der sie bei allen Prozessen und Verfahren begleitet und betreut. Die Verwaltung soll dabei ein Lotse für die ExistenzgründerInnen sein und gerade in der schwierigen Startphase den Prozess helfend begleiten. Das Durchreichen durch die Ämter und Zuständigkeiten wollen wir abschaffen.

→ Die **interkommunale Zusammenarbeit** mit den Nachbarstädten wollen wir intensivieren und die Emscher-Lippe-Region als attraktiven Wirtschafts- und Dienstleistungsraum am Markt etablieren. Den Ansatz der Emscher-Lippe-Allianz, der eine Kooperation der Städte in der Wirtschaftsförderung vorsieht, werden wir weiter verfolgen und deren Strukturen demokratisieren. Kirchturmdenken wollen wir überwinden. Gewerbe- und Industriegebiete sollen gemeinsam von den Städten und Gemeinden in unserer Region angeboten und vermarktet werden.

→ Über die reine Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen gelingt es nicht, die wegbrechenden Arbeits-





plätze im ausreichenden Umfang zu schaffen. Grund und Boden sind ein begrenztes Gut, nicht vermehrbar, deshalb müssen Gebiete und Gebäude vermarktet werden, die bereits existieren. **Die Ansiedlung in denkmalgeschützten oder brachliegende Gebäude** sowie die damit verbundenen Investitionen bringen Handwerkern zusätzliche Aufträge, die bei einer flächensparenden Ansiedlung auf der grünen Wiese nicht zustande kommen.

→ In der Kombination von Wohnen und Arbeiten sehen wir auch in Gladbeck weitere Potenziale. In den kommenden Jahren wollen wir einen Schwerpunkt auf die **Ausweitung und Förderung von Mischgebieten** legen und hierzu Brachflächen nutzen bzw. minder genutzte Areale reaktivieren. So werden wir z.B. in unmittelbarer Nähe zur Innenstadt auf dem ehemaligen Schlachthofgelände ein Wohn- und Arbeitsquartier entwickeln, das Freiberufler, Selbständige und kleine und mittlere Betriebe aufnehmen wird. Eine ähnliche Entwicklung streben wir für das Bloomshofgelände an der Bottroper Straße an, welches derzeit durch einen unstrukturierten Flächen- und Gebäude-

bestand mit wirtschaftlich ineffizienter Ausnutzung geprägt wird.

→ Von der **Maschinenhalle Zweckel** werden in den kommenden Jahren weitere Entwicklungsimpulse auch für die Wirtschaft ausgehen. Das „Schloss der Arbeit“ wurde mit Millionenförderung des grünen NRW-Städtebauministeriums zu einem „Schloss der Kultur“ hergerichtet und hat sich u.a. als Aufführungsstandort der Ruhrtriennale etabliert. Von der Restaurierung des denkmalgeschützten Gebäudes profitieren insbesondere kleine und mittlere Betriebe. Auf der südlich angrenzenden Brachfläche soll Gewerbebauland entstehen. Die Nähe zu dem „Schloss der Arbeit“ sowie die Einrahmung durch den vorhandenen Baumbestand wird den Standort zu einem gehobenen Arbeitsquartier aufwerten. Hierbei ist den Belangen des Natur- und Umweltschutzes Rechnung zu tragen.

→ Im **Gesundheits- und Pflegesektor** sehen wir in den kommenden Jahren weitere Potenziale, um Arbeitsplätze zu schaffen und den Handel vor Ort zu stärken. Das geplante Reha-Zentrum in Brauck sowie ein Suchtthera-

*Im Gesundheits- und Pflegesektor sehen wir weitere Potenziale, um Arbeitsplätze zu schaffen!*





*Straßen- und  
Schulausbauten  
sorgen für öffentliche  
Aufträge!*



piezentrum mit zusammen weit über hundert Arbeitsplätzen sind nur zwei Beispiele aktiver Wirtschaftsförderung jenseits vom Billiglohnssektor, von denen auch der örtliche Einzelhandel profitiert.

→ Den **Umbau und die Erneuerung der Innenstadt als zentralen Einzelhandelsstandort** werden wir fortsetzen und damit seine Konkurrenzfähigkeit in der Region stärken. Mit den ausschlaggebenden Stimmen von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN wurde im vergangenen Jahr die Lambertstraße zu einem beliebten, innerstädtischen Treffpunkt umgestaltet und damit das Profil des Gladbecker Einkaufszentrums gestärkt. Auch nach der Wiederherstellung des Gladbecker Marktplatzes werden wir uns in der kommenden Legislaturperiode für die schrittweise Umsetzung von Rahmenplan und Handlungskonzept stark machen, welche gemeinsam mit dem Einzelhandel, den Immobilienbesitzern, der IHK und anderen Interessensverbänden erarbeitet wurden.

→ Die lokale und regionale Wirtschaft lebt auch von kommunalen Aufträgen. Obwohl die Stadt Gladbeck seit über einem Jahr über keinen genehmigten Haushalt mehr

verfügt, wurde stetig in die kommunale Infrastruktur investiert. Durch die konsequente Fortsetzung der Bauaktivitäten beispielsweise im Kindergarten- und Schulausbau sowie im Straßenbau werden wir eine **kontinuierliche, öffentliche Auftragslage** sicherstellen. Gerade von der Modernisierung unserer Schulen (mit Erneuerung der Fenster, Sanierung von Dächern etc.) profitieren auch Gladbecker Handwerksbetriebe und Firmen. Durch die Auftragsgestaltung (Aufteilung der Lose etc.) werden wir versuchen, dass die Wirtschaft vor Ort an dieser Auftragslage partizipieren kann.

→ Wir werden uns weiter für einen **effizienten Einsatz öffentlicher Mittel für die Wirtschaftsförderung** einsetzen und uns dafür stark machen, dass diese nicht in vermeintlichen Großprojekten „versumpfen“. Die Erschließung des Sumpfgeländes an der Hegestraße, die allein 1,4 Mio. Euro für die Aufschüttung des Geländes und 900.000 Euro für den Ausgleich der Umwelteingriffe verschlingt, ist für die ineffiziente Verwendung von Fördergeldern genauso ein Beispiel wie das für 135.000 Euro beauftragte Freizeitgutachten. Wir wollen, dass Gelder bei der Wirtschaft



vor Ort auch ankommen!

→ In unserer Stadt haben wir viele ausländische Arbeitgeber. Eine Förderung und Unterstützung dieses Potenzials durch unsere Wirtschaftsförderung findet nicht oder nur in geringem Umfang statt. Von den ausländischen Unternehmen werden zu selten Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Dies geschieht häufig aus Unkenntnis über unser Ausbildungssystem. Auch die Bereitschaft von Migrantinnen und Migranten, sich selbstständig zu machen, ist deutlich höher als bei der einheimischen Bevölkerung. Dieses Potenzial wollen wir erschließen und für unsere Stadt nutzbar machen. Wir wollen die **Unterstützung und Information von Existenzgründerinnen und UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund** ausdrücklich in den Aufgabekatalog der kommunalen Wirtschaftsförderung mit einbeziehen.

→ Wir wollen **Messsysteme** schaffen, um die Zufriedenheit von Unternehmern in Gladbeck mit der städtischen Verwaltung zu stärken, und die kommunale Wirtschaftsförderung auf der Basis interkommunaler Vergleichsringe kontinuierlich verbessern.

→ Verwaltungsvorgänge wollen wir durch den **Einsatz moderner Medien** unbürokratisch gestalten. Alle wirtschaftsbezogenen Verwaltungsvorgänge - bis auf notarielle und urkundliche Vorgänge - sollen auf elektronischem Wege abgewickelt werden können.

→ Die Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinden sind bundesweit in dramatischen Ausmaßen weggebrochen. Infolge der Rückgänge des Gewerbesteueraufkommens sind die Kommunen den Haushaltssicherungsaufgaben der Bezirksregierungen unterworfen. Wir plädieren für eine **kommunale Wertschöpfungssteuer**, die bei Unternehmen (nach Abzug der Vorleistungen) auf breiter Bemessungsgrundlage unabhängig vom Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Energie und Wissen erhoben werden könnte. Bemessungsgrundlage für die Wertschöpfungssteuer wäre der in einem Jahr erarbeitete Wert der Unternehmensleistungen.

→ Wir wollen die **Frei-**

*Wir wollen, dass wirtschaftsbezogene Verwaltungsvorgänge auf elektronischem Wege abgewickelt werden können!*





*Wir wollen die  
Freizeitwirtschaft  
und den Tourismus  
als Imagefaktor für  
die Region  
unterstützen.*



zeitwirtschaft und den Tourismus als Imagefaktor für die Region unterstützen und Voraussetzungen für die Vermarktung von Angeboten im Tourismussektor schaffen. Kulturelle Angebote, die wie die Ruhrtriennale oder die Galerie über die Stadtgrenzen hinausstrahlen, stellen auch einen Wert als weiche Standortfaktoren dar. Sie verleihen unserer Stadt regionale Wertschätzung und Anerkennung, welches dem „Standort Gladbeck“ zugute kommt

### Wir machen für Sie Politik:



Mario Herrmann ist Gründungsmitglied der Gladbecker Grünen. Seit 12 Jahren leitet der 42jährige die Ratsfraktion. Die weitere Attraktivierung

Gladbecks als Stadt zum Wohnen und Leben mit hochwertigen Schul- und Jugendangeboten liegt ihm am Herzen.



Theodor Schulte (50) repräsentiert die Stadt Gladbeck seit 10 Jahren als stellv. Bürgermeister. Der gebürtige Rentforter und Vater von drei erwachsenen

Kindern wurde für sein politisches Engagement mit der Ehrenplakette der Stadt Gladbeck ausgezeichnet.



Bernd Lehmann ist Stadt- und Verkehrsplaner. Der Diplomingenieur wünscht sich ein begrüntes Lebensumfeld für Gladbeck, in dem

Kinder spielen und toben können. Wichtig sind ihm ansprechende Alleen, breite Geh- und Radwege und lebendige Stadträume.



Franz Wegener ist für die Grünen Aufsichtsratsmitglied der GWG. Der Historiker und selbständige Unternehmer steht für eine effiziente, kommunale

Wirtschaftsförderung, die an den Bedürfnissen von kleinen und mittleren Betrieben auszurichten ist.